Insolvenzplan

für

John Frog
Inhaber der Firma
Frogs e. K.
Frogsroad 5, 78532 Frogsland

Vorgelegt von:	Rechtsanwalt C. Jack, Insolvenzverwalter, Frogcountry
Verfasser:	----- Rechtsanwalt C. Jack Insolvenzverwalter
Aktenzeichen:	45 IN 6/17
Insolvenzgericht:	Amtsgericht 1
Datum:	04.11.2022

Inhaltsverzeichnis 2

A.	Darstellender Teil	6
1.	Grundsätzliche Ziele und Regelungsstruktur des Insolvenzplans	6
1.1.	Art und Ziele des Plans	6
1.2.	Regelungsansatz für absonderungsberechtigte Gläubiger, für nicht nachrangige Gläubiger und für nachrangige Gläubiger	6
2.	Gruppenbildung	7
3.	Ausgangssituation	8
3.1.	Persönliche Verhältnisse des Insolvenzschuldners	8
3.2.	Zusammenfassung des bisherigen Verfahrensablaufs	8
3.2.1.	Allgemeine wirtschaftliche Lage	8
3.2.2.	Anlagevermögen	9
3.2.2.1.	Immaterielle Vermögensgegenstände	9
3.2.2.2.	Sachanlagen	9
3.2.2.3.	Finanzanlagen	13
3.2.3.	Umlaufvermögen	15
3.2.3.1.	Fertigerzeugnisse und Waren	15
3.2.3.2.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17

3.2.3.3.	Sonstige Vermögensgegenstände	17
3.2.3.4.	Persönliche Gegenstände	19
3.2.3.5.	Sonstige Einnahmen und Erstattungen	19
3.2.4.	Derzeitige liquide Mittel	20
3.3.	Mit dem Insolvenzplan beabsichtigte Maßnahmen	21
4.	Ergebnisse für die Gläubiger	24
4.1.	Berechnung und Gegenüberstellung der Verteilungsmasse für die Gläubiger in der Regelabwicklung und bei Annahme des Insolvenzplans per 30.09.2016	24
4.2.	Liquide/liquidierbare Masse	24
4.2.1.	Kontoguthaben	24
4.2.2.	Auseinandersetzungsguthaben FIRMA A	25
4.2.3.	Weiterer Forderungseinzug	25
4.2.4.	Geschäftsanteil FIRMA B	26
4.2.5.	Forderungen Willy Frog	26
4.2.6.	Grundstücke	27
4.2.7.	Neuerwerb	28
4.2.8.	Ansprüche aus der Beteiligung an der FIRMA C	28
4.3.	Massegläubiger	30
4.3.1.	Restliche Absonderungsrechte	30

4.3.2.	Erwartete weitere Masseschulden nach § 55 InsO	31
4.3.3.	Massekosten nach § 54 InsO	32
4.3.4.	Insolvenzgläubiger nach § 38 InsO	33
4.4.	Zusammenfassung und Gegenüberstellung der Ergebnisse für die Gläubiger per 30.09.2016	34
B.	Gestaltender Teil	35
1.	Allgemeine Regelungen	35
2.	Gruppenbildung	35
2.1.	Bildung von Gläubigergruppen	35
2.2.	Beschreibung der einzelnen Gläubigergruppen	36
3.	Veränderung der Rechtsstellung der Beteiligten	37
3.1.	Plangestaltung für Gläubiger der Gruppe 1	37
3.1.1.	Schuldrechtliche Regelung	37
3.1.2.	Vollzug	37
3.2.	Plangestaltung für Gläubiger der Gruppe 2	37
3.2.1.	Schuldrechtliche Regelung	37
3.2.2.	Vollzug	38
3.3.	Plangestaltung für Gläubiger der Gruppe 3	38
3.3.1.	Schuldrechtliche Regelung	38
3.3.2.	Vollzug	39

4.	Ergänzende Regelungen	39
4.1.	Plangestaltung für nachrangige Gläubiger	39
4.2.	Inkrafttreten des Insolvenzplans	39
4.3.	Planerfüllung/Planüberwachung	39
4.4.	Rückstandsregelung nach § 255 InsO	39
C.	Übersicht Plananlagen	40

A. Darstellender Teil

1. Grundsätzliche Ziele und Regelungsstruktur des Insolvenzplans

1.1. Art und Ziele des Plans

Die Befriedigung der absonderungsberechtigten Gläubiger und der Insolvenzgläubiger, die Verwertung der Insolvenzmasse und deren Verteilung an die Beteiligten, der Neuerwerb des Insolvenzschuldners nach Beendigung des Insolvenzverfahrens sowie die Erteilung der Restschuldbefreiung soll in diesem Insolvenzplan abweichend von den Vorschriften der Regelabwicklung des Insolvenzverfahrens und des Restschuldbefreiungsverfahrens geregelt werden.

Der vorliegende Insolvenzplan ist ein Abwicklungs- und Liquidationsplan mit der Zielstellung einer vorzeitigen Insolvenzverfahrensbeendigung, einer Besserstellung der Gläubiger und einer vorzeitigen Restschuldbefreiung.

1.2. Regelungsansatz für absonderungsberechtigte Gläubiger, für nicht nachrangige Gläubiger und für nachrangige Gläubiger

Folgende Regelungsansätze sind für die verschiedenen Gläubigergruppen zur Durchführung dieses Insolvenzplanes vorgesehen:

- Gruppe 1: ein Teilforderungsverzicht der ungesicherten, nicht nachrangigen Insolvenzgläubiger
- Gruppe 2: ein Verzicht der Grundpfandrechtsgläubiger auf Verwertung der Grundpfandrechte im Insolvenzverfahren und Teilforderungsverzicht
- Gruppe 3: ein Forderungsverzicht nahestehender Personen
- keine Regelung für Forderungen nachrangiger Insolvenzgläubiger

2. Gruppenbildung

Die Bildung der Gruppen erfolgt im gestaltenden Teil anhand des Gläubigerverzeichnisses gemäß § 152 Abs. 1 InsO.

Im vorliegenden Insolvenzplan werden 3 Gruppen von Insolvenzgläubigern gebildet.

➤ Gruppe 1: Insolvenzgläubiger gemäß § 38 InsO

In die Gruppe 1 werden sämtliche Gläubiger eingeordnet, die nicht nachrangige Gläubiger im Sinne von § 39 InsO sind und die nicht in der Gruppe 2 und 3 zugeordnet sind.

➤ Gruppe 2: Grundpfandrechtsgläubiger

In diese Gruppe werden Gläubiger mit im Rahmen des Insolvenzverfahrens noch nicht verwerteten Grundpfandrechten eingeordnet.

➤ Gruppe 3: nahestehende Personen als Gläubiger mit Regressforderung

Es wird eine Gruppe für nahestehende Personen mit Regressforderungen aus Bürgschaften gebildet.

3. Ausgangssituation

3.1. Persönliche Verhältnisse des Insolvenzschuldners

Herr John Frog wurde am 16.01.1965 geboren. Er ist verheiratet und zwei minderjährigen Kindern zum Unterhalt verpflichtet.

Herr John Frog war selbständiger Unternehmer und Alleininhaber der im Juli 2005 aus der Verschmelzung der Frogs Clothes GmbH und der FIRMA D gegründeten Firma Frogs e.K.

Die Firma Frogs e. K. ist im Handelsregister des Amtsgerichts 2, HRA 458962530, verzeichnet. Die Firma wurde am 23.07.2005 in das oben genannte Handelsregister eingetragen.

Das Ladengeschäft befand sich in einem im Teileigentum stehenden Gebäude in 78532 Frogsland, Frograd 5. Die im Eigentum von Herrn John Frog stehende Fläche beträgt 1.500 m² Verkaufsfläche und 300 m² Nebenfläche.

Darüber hinaus war Herr Frog Mitgesellschafter zweier Gesellschaften Bürgerlichen Rechts, die Erfindungen im Bereich der innovativen Technologien des Skisports zur Patentanmeldung und Vermarktung gebracht haben.

3.2. Zusammenfassung des bisherigen Verfahrensablaufs

3.2.1. Allgemeine wirtschaftliche Lage

Der Insolvenzschuldner stellte am 09.01.2017 einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens wegen Zahlungsunfähigkeit nebst Restschuldbefreiungsantrag. Daraufhin ordnete das Amtsgericht 1 – Insolvenzgericht – mit Beschluss vom 09.01.2017 eine vorläufige Insolvenzverwaltung an. Der Geschäftsbetrieb konnte im Rahmen des vorläufigen Insolvenzverfahrens aufrechterhalten werden. Mit Gutachten vom 23.03.2017 wurde Zahlungsunfähigkeit festgestellt, so dass das Insolvenzverfahren mit Beschluss vom 01.04.2017 eröffnet wurde.

Im Folgenden wird dargelegt, welche Vermögensgegenstände zum Zeitpunkt der Insolvenzantragstellung festgestellt werden konnten, und wie sie im Laufe des bisherigen Insolvenzverfahrens einer Verwertung zugeführt worden sind:

3.2.2. Anlagevermögen

3.2.2.1. Immaterielle Vermögensgegenstände

➤ Geschäfts- oder Firmenwert

Wie im Gutachten vom 23.03.2017 festgestellt, war der Geschäftsbetrieb in der vorliegenden Form nicht fortführbar. Spezielle mit dem Unternehmen verbundene Vorzüge des Schuldners im Bereich des Sportartikelverkaufs, wie zum Beispiel ein fester Kundenbestand, eine mit dem Firmennamen verbundene bestimmte Qualitäts- bzw. Preisvorstellung, ein besonderes Produkt-Know-how konnten festgestellt werden. Da diese Vorzüge aber nach den Ermittlungen des Planverfassers im wesentlichen auf die vom Schuldner persönlich ausgehende Beratungsqualität als Abgrenzungskriterium zu anderen Unternehmen der gleichen Branche zurückzuführen waren, konnte aufgrund ihrer Höchstpersönlichkeit ein Veräußerungswert auf den Geschäfts- und Firmenwert nicht angesetzt werden.

3.2.2.2. Sachanlagen

➤ Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Betriebsgrundstück:

Der Schuldner ist Miteigentümer des im Grundbuch von Frogslund eingetragenen Grundvermögens:

Teileigentums-Grundbuch von Frogslund, Gemarkung Frogsvillage, Blatt-Nr. 0789, 69.65/100 Miteigentumsanteil an dem Grundstück FlSt.-Nr. 4456, 34 a, 68 m², Gebäude- und Freifläche Hohland, Frogroad 5 verbunden mit dem Sondereigentum an dem Ladengeschäft mit Nebenräumen im Aufteilungsplan mit Nr. 2 bezeichnet und den Sondernutzungsrechten an der im Aufteilungsplan orange umrandeten Grundstücksfläche, sowie an den im Aufteilungsplan mit B1 bis B 11 bezeichneten Stellplätzen.

RAPP WOLFF RECHTSANWÄLTE

Die Immobilie ist in Abt. III wie folgt belastet:

2.200.000,00 DM (1.124.842,10 €) Grundschuld - ohne Brief - nebst 15 % Zinsen jährlich sowie einer einmaligen Nebenleistung von 5 % des Grundschuldbetrages für die VBank. Gemäß Bewilligung vom 18.04.1996 (Notariat, UR 4565/06) eingetragen am 13.05.1996

300.000,00 DM (153.387,56 €) Grundschuld - ohne Brief - nebst 15 % Zinsen jährlich sowie einer einmaligen Nebenleistung von 5 % des Grundschuldbetrags, sofort vollstreckbar gemäß § 800 ZPO, für die VBank. Gemäß Bewilligung vom 07.07.1999 (Notariat, UR 11558/97) eingetragen am 12.07.1999.

Unter Berücksichtigung der Lage und des Zustandes des Objektes wird sowohl vom Planverfasser als auch von den Grundpfandrechtsgläubiger von einem derzeit auf dem Markt erzielbaren Verkehrswert in Höhe von 600.000,00 € ausgegangen. Aufgrund der bestehenden voll valuierten Sicherungsrechte würde ein Verwertungserlös vollumfänglich den Grundpfandrechtsgläubigern zufließen.

Bei der Wertfindung wurde insbesondere berücksichtigt, dass es sich hier lediglich um eine Teileigentumsfläche handelt, die im übrigen aufgrund ihrer baulichen Art und Weise sowie ihres Zuschnitts auf den Betrieb eines Ladengeschäftes ausgerichtet ist. Eine anderweitige Nutzung erscheint nur bedingt möglich.

Im Rahmen dieses Insolvenzplanes soll die Regelung getroffen werden, dass dieses Grundstück nicht einer Verwertung zugeführt wird. Bis dahin wurde unter Zustimmung der Sicherungsgläubiger mit der Frogs Sports GmbH am 27.07.2017 ein Geschäftsraummietvertrag ab dem 01.08.2017 zu einem monatlichen Mietzins in Höhe von 2.500,00 € zzgl. 19 % MwSt., insgesamt 2.975,00 €, geschlossen.

Privathaus:

Der Schuldner ist Eigentümer des im Grundbuch von Frogsland eingetragenen Grundvermögens:

Grundbuch von Frogsland, Gemarkung Lans, Blatt-Nr. 08980, FlSt-Nr.: 57897, Wald, 35 a, 20 m², FlSt-Nr. 456, Landwirtschaftsfläche Langenstrich, Gebäude und Freifläche, 24 a, 92 m².

Die Immobilie ist in Abt. III wie folgt belastet:

700.000,00 DM (357.904,31 €) Grundschuld - ohne Brief - nebst 15 % Zinsen jährlich sowie einer einmaligen Nebenleistung von 5 % des Grundschuldbetrages sofort vollstreckbar gemäß § 800 ZPO, für die BBank. Gemäß Bewilligung vom 07.10.1998 (Notariat, UR 17890/98) eingetragen am 26.10.1998.

150.000,00 DM (76.693,78 €) Grundschuld - ohne Brief - nebst 15 % Zinsen jährlich sowie einer einmaligen Nebenleistung von 5 % des Grundschuldbetrags, sofort vollstreckbar gemäß § 800 ZPO, für die BBank. Gemäß Bewilligung vom 07.07.1999 (Notariat, UR 465798/99) eingetragen am 12.07.1999.

Unter Berücksichtigung der Lage und des Zustandes des Objektes wird sowohl vom Planverfasser als auch von den beteiligten Banken von einem derzeit auf dem Markt erzielbaren Verkehrswert in Höhe von 300.000,00 € ausgegangen. Aufgrund der bestehenden voll valuierten Sicherungsrechte fließt der Erlös vollumfänglich der Absonderungsmasse zu.

Die Regelung zur Verwertung dieses Vermögenswertes soll im Rahmen dieses Insolvenzplans erfolgen.

Da der Schuldner mit seiner Familie das Wohnhaus weiter nutzt, leistet er in Abstimmung mit den Grundpfandrechtsgläubiger monatlich ein Nutzungsentgelt in Höhe von 400,00 €.

➤ Technische Anlagen und Maschinen

Der Schuldner war im Besitz einer Snowboardschleif- und Ski- und Snowboardwachsmaschine mit einem Wert von 80.000,00 €. Diese wurde von dem Schuldner bei der FIRMA E mit Vertrag vom 22.08.2015 geleast. Eine Überprüfung des Leasingvertrages ergab, dass zum Zeitpunkt der Insolvenzeröffnung bei einer Verwertung der Maschinen nicht mit einem Übererlös zu Gunsten der Insolvenzmasse zu rechnen war, so dass der Übernahme des Leasingvertrages durch die Frogs Sports GmbH zugestimmt werden konnte.

➤ Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, einschließlich Fuhrpark

Der Schuldner nutzte eine Geschäfts- und Betriebsausstattung mit einem Liquidationswert in Höhe von 14.500,00 €.

Mit Kaufvertrag vom 01.05.2017 konnte – mit Zustimmung der Gläubigerversammlung – die gesamte Betriebs- und Geschäftsausstattung zu dem vorstehend genannten Liquidationswert zzgl. 19 % MwSt., insgesamt 17.255,00 €, an die Frogs Sports GmbH veräußert werden. Hinsichtlich der Kaufpreisfälligkeit wurde in § 3 des Kaufvertrages eine Ratenzahlungsvereinbarung getroffen. Der Kaufpreis konnte bereits vollständig auf dem Insolvenzanderkonto eingezogen werden und mehrt somit die freie Insolvenzmasse.

Des Weiteren besaß der Schuldner 3 Fahrzeuge, die allesamt im Eigentum diverser Leasinggesellschaften standen und von dem Schuldner geleast waren. Diese Fahrzeuge wurden zwischenzeitlich an die Leasinggeber zurückgegeben. Aufgrund des Alters und des Zustandes der Fahrzeuge konnten aus der Ablösung der Leasingverträge keine Beträge zur freien Insolvenzmasse gezogen werden.

3.2.2.3. Finanzanlagen

➤ Beteiligungen

Genossenschaftsanteil WBank:

Der Schuldner hält Genossenschaftsanteile an der WBank in Höhe von 242,80 €. Diese Anteile unterliegen aufgrund bestehender Verbindlichkeiten nach den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank einem vereinbarten Pfandrecht, so dass hier keine Beträge zur freien Insolvenzmasse gezogen werden können.

Genossenschaftsanteil BBank:

Des Weiteren hält der Schuldner Genossenschaftsanteile an der BBank in Höhe von 150,00 €. Auch diese Anteile unterliegen aufgrund bestehender Verbindlichkeiten dem nach den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank bestehenden Pfandrecht, so dass auch hier kein Betrag zur freien Insolvenzmasse gezogen werden kann.

Typische stille Beteiligung Einkaufsgenossenschaft FIRMA B:

Die bei der Einkaufsgenossenschaft FIRMA B bestehende Beteiligung beläuft sich gemäß Mitteilung der FIRMA B vom 01.02.2017 auf 1.157,64 €. Nach Kündigung der Beteiligung, die vertragsgemäß nur halbjährlich zum Jahresende erfolgen kann, wird dieser Betrag, der am 02.01.2018 zur Auszahlung gelangen wird, die freie Insolvenzmasse in voller Höhe mehren.

Atypische stille Beteiligung an der FIRMA F:

Des Weiteren hielt der Schuldner eine Beteiligung an der FIRMA F in Höhe von 25.500,00 €. Aus den Beteiligungsbedingungen der FIRMA F ergibt sich ein Pfandrecht zu Gunsten dieser Gläubigerin, die die Anteile auch bereits einer Verwertung zugeführt hat und den entsprechenden Betrag der Verbindlichkeit gutgeschrieben hat.

Beteiligung FIRMA A:

Der Schuldner war Mitgesellschafter zu 40 % an der „Inec - Gesellschaft zur Entwicklung innovativer Technologien John Frog,“. Diese BGB-Gesellschaft war Inhaberin verschiedener Patente im Bereich der Ski-Herstellung. Die Patente sind im Jahre 2006 ausgelaufen.

Mit Gesellschafterversammlung vom 24.06.2016 wurde der Gesellschaftsanteil des Schuldners mit Wirkung zum 01.07.2016 an den Gesellschafter J. Rock zu einem Betrag in Höhe von 1.000,00 € übertragen. Der Kaufpreis wurde bereits bezahlt.

Aus der zum Zeitpunkt des Ausscheidens des Schuldners erstellten Abschichtungsbilanz zum 30.06.2016 ergibt sich ein Abfindungsguthaben zu Gunsten des Insolvenzschuldners in Höhe von 1.965,27 €. Aufgrund einer Sicherungszession zu Gunsten der BBank mit Abtretungserklärung vom 02.10.2013 unterliegt dieses Abfindungsguthaben einem Absonderungsrecht der Bank.

Beteiligung FIRMA C:

Des Weiteren war der Schuldner auch zu 33,33 % Mitgesellschafter der FIRMA C, die ebenfalls neue, noch nicht auf dem Markt eingeführte Patente zur Ski-Herstellung besitzt. Der Schuldner wurde mit Gesellschafterbeschluss vom 18.12.2016 aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Darüber hinaus beschlossen die Gesellschafter am 12.12.2016 eine Satzungsänderung, nach der bei Ausschluss eines Gesellschafters dieser nicht an schwebenden Geschäften teilnehmen soll. Es bestehen Ansatzpunkte dafür, dass sowohl der Gesellschafterbeschluss vom 12.12.2016 als auch der Ausschluss des Schuldners aus der Gesellschaft mit Beschluss vom 18.12.2016 anfechtbar sind. Hieraus könnten Ansprüche der Insolvenzmasse gegen die FIRMA C bzw. die verbleibenden Gesellschafter resultieren. Im bisherigen Verlauf des Insolvenzverfahrens wurden die Ansprüche von den verbliebenen Gesellschaftern der FIRMA C nachhaltig bestritten. Im Rahmen des Insolvenzplans soll diese im Raum stehende Forderung der Insolvenzmasse einer einvernehmlichen Regelung zugeführt werden.

3.2.3. Umlaufvermögen

3.2.3.1. Fertigerzeugnisse und Waren

Fertigerzeugnisse und Waren konnten zu einem Anschaffungswert von 1.601.686,00 € festgestellt werden.

Aufgrund der Eigentumsvorbehaltsrechte unterschiedlicher Lieferanten sind diese Waren in folgende Gruppen unterteilt worden:

- a) Zum einen befanden sich im Lager Waren, die noch aufgrund der Zentralregulierungsvereinbarung unter einfachem Eigentumsvorbehalt der FIRMA F standen.
- b) Daneben waren Waren im Lager festzustellen, die zwar von FIRMA F-Lieferanten stammten, jedoch bereits vollständig nach Kündigung des Zentralregulierungsvertrags vom Schuldner bezahlt wurden, so dass an diesen Waren keine Eigentumsvorbehaltsrechte mehr bestanden.
- c) Außerdem befanden sich im Warenbestand noch unbezahlte Lieferungen von FIRMA F-Lieferanten, die nicht mehr der Zentralregulierung der FIRMA F unterlagen, sondern von den einzelnen Lieferanten direkt gegenüber dem Schuldner abzurechnen waren.
- d) Darüber hinaus konnten auch Waren von Drittlieferanten festgestellt werden, an denen FIRMA G und die FIRMA F-Lieferanten keinerlei Rechte geltend machten.

Um eine einvernehmliche Abgrenzung dieser Warengruppen und die Beachtung der Eigentumsvorbehaltsrechte der Lieferanten im Insolvenzeröffnungsverfahren zu gewährleisten, wurde zwischen dem Planverfasser und der FIRMA F folgende Vereinbarung getroffen:

FIRMA F stimmte dem Abverkauf der Waren zu und der Erlös für sämtliche Waren der Gruppe a) bis c) wurde im Verhältnis von 80 % für FIRMA F und 20 % für die Insolvenzmasse geteilt. Zur Abgeltung der nicht unter die Zentralregulierung fallenden Warengruppe b) war vorab ein Betrag in Höhe von 60.000,00 € an die Insolvenzmasse vereinbart, wobei FIRMA F die Insolvenzmasse von Aus- und Absonderungsforderungen aller FIRMA F-Lieferanten freistellte.

Bezüglich des Abverkaufs der Waren in Gruppe d) bestand ein Absonderungsrecht aufgrund des Raumsicherungsübereignungsvertrags für den Bankenpool.

Mit den Banken konnte eine Vereinbarung dahingehend geschlossen werden, dass ein Festbetrag von 40.000,00 € aus dem Verwertungserlös dieser Warengruppe der Insolvenzmasse zufließt.

Insgesamt konnte aus dem Abverkauf aller Warengruppen vor und nach Insolvenzeröffnung und nach Abzug der entstandenen Verwertungskosten Einnahmen in Höhe von 906.177,50 € erzielt werden. Gemäß der oben geschilderten Vereinbarungen war hieraus ein Betrag in Höhe von 601.247,50 € an FIRMA F auszukehren, an den Bankenpool ein Betrag in Höhe von 81.830,19 € sowie auf das Aussonderungsrecht eines Einzellieferanten 400,00 €. Zu Gunsten der Insolvenzmasse verblieb der restliche Verkaufserlös in Höhe von 222.699,81 €.

3.2.3.2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Zum Zeitpunkt der vorläufigen Insolvenzverwaltung konnten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die vor Insolvenzantragstellung begründet waren, mit einem Buchwert in Höhe von ca. 23.000,00 € ermittelt werden. Aufgrund des kaufmännischen Vorsichtsprinzips war der Wert dieser Forderungen auf ca. 20.000,00 € wertzuberichtigen.

Bislang konnten auf diese Forderungen bis zur Insolvenzeröffnung ein Betrag in Höhe von 17.499,57 € eingezogen werden. Nach Insolvenzeröffnung gingen weitere 454,27 € ein.

Forderungen aus dem Zeitraum der vorläufigen Insolvenzverwaltung wurden in Höhe von 1.904,96 € auf dem Insolvenzanderkonto vereinnahmt. Dieser Betrag wird in voller Höhe in die freie Insolvenzmasse eingestellt. Es ist noch mit einem weiteren Forderungseinzug in Höhe von maximal 500,00 € zu rechnen.

3.2.3.3. Sonstige Vermögensgegenstände

➤ Lebensversicherungen

Es wurden vier Lebensversicherungen zu Gunsten des Schuldners, eine Lebensversicherung mit einem Bezugsrecht zu Gunsten der Ehefrau des Schuldners sowie vier Ausbildungsversicherungen mit Bezugsrechten der Kinder des Schuldners ermittelt. Im Einzelnen handelt es sich um nachstehend aufgeführte Versicherungen:

Versicherung-Nr.: 1	-	Ausbildungsversicherung
Versicherung-Nr.: 5	-	Ausbildungsversicherung
Versicherung-Nr.: 0	-	Rentenversicherung f. Diana Frog
Versicherung-Nr.: 4	-	Rentenversicherung f. John Frog
Versicherung-Nr.: 7	-	Rentenversicherung f. John Frog
Versicherung-Nr.: 9	-	R+V Rentenversicherung
Versicherung-Nr.: 3	-	R+V Lebensversicherung
Versicherung-Nr.: 6	-	KLV Ausbildungsversicherung
Versicherung-Nr.: 2	-	KLV Ausbildungsversicherung

Insgesamt konnten Rückkaufswerte aus diesen Versicherungsverträgen in Höhe von 104.040,98 € vereinnahmt werden. Drittrechte wurden nicht festgestellt, so dass dieser Betrag die freie Insolvenzmasse vollumfänglich mehrt.

➤ Forderungen gegen Herrn Willy Frog

Aus der Buchhaltung des Insolvenzschuldners ergibt sich eine Forderung aus einem Verrechnungskonto gegen Herrn Willy Frog, den Vater des Schuldners. Der Buchwert der Forderung beläuft sich zum 31.03.2017 auf 14.649,88 €. Aufgrund der derzeitigen wirtschaftlichen Situation des Herrn Willy Frog, insbesondere aufgrund der bereits erfolgten Bürgschaftsinanspruchnahme durch die BBank und die WBank für Verbindlichkeiten des Insolvenzschuldners, muss diese Forderung teilwertberichtigt werden.

Im Rahmen dieses Insolvenzplans soll mit Herrn Willy Frog eine einvernehmliche Regulierung auf der Grundlage einer für ihn wirtschaftlich tragbaren Lösung getroffen werden.

➤ Zinsansprüche gegen FIRMA F

In der Buchhaltung des Insolvenzschuldners waren Zinsforderungen gegen die FIRMA F in Höhe von 127.004,17 € eingestellt. Diese Forderungen wurden seitens der FIRMA F bestritten. Darüber hinaus bestand eine Aufrechnungsmöglichkeit der FIRMA F mit Forderungen an den Insolvenzschuldner. Letztlich wurden auch diese strittigen Forderungen im Rahmen eines Vergleichs mit der FIRMA F geregelt. Es wurde vereinbart, dass die FIRMA F lediglich noch mit einer reduzierten, pauschalierten Ausfallforderung in Höhe von 1,5 Mio. € als Insolvenzgläubiger im Insolvenzverfahren teilnimmt und darüber hinaus wechselseitige Forderungen ihre Erledigung finden.

3.2.3.4. Persönliche Gegenstände

Im Besitz des Schuldners befinden sich darüber hinaus nur persönliche Gegenstände im Rahmen einer bescheidenen Lebensführung, die gemäß § 36 InsO i. V. m. § 811 Abs. 1 Nr. 1 ZPO nicht dem Insolvenzbeschlagn unterliegen.

3.2.3.5. Sonstige Einnahmen und Erstattungen

Im Besitz des Schuldners befinden sich darüber hinaus nur persönliche Gegenstände im Rahmen einer bescheidenen Lebensführung, die gemäß § 36 InsO i. V. m. § 811 Abs. 1 Nr. 1 ZPO nicht dem Insolvenzbeschlagn unterliegen.

➤ Festgeldzinsen

Festgeldzinsen konnten bislang in Höhe von insgesamt 1.801,20 € eingezogen werden.

➤ Sonstige Erstattungen

Beitragserstattungen aus gekündigten Versicherungen wurden in Höhe von insgesamt 4.592,80 € vereinnahmt.

Sonstige Erstattungen aus vorausgezählten Abfallbeseitigungskosten und einer Doppelzahlung sind in Höhe von insgesamt 1.459,87 € zu verzeichnen.

Bereits im vorläufigen Insolvenzverfahren waren diverse Erstattungen auf dem Insolvenzanderkonto in Höhe von 4.242,91 € eingegangen.

3.2.4. Derzeitige liquide Masse

Der vorliegende Insolvenzplan ist ein Abwicklungs- und Liquidationsplan mit der Zielstellung einer vorzeitigen Insolvenzverfahrensbeendigung, einer Besserstellung der Gläubiger und einer vorzeitigen Restschuldbefreiung. Auf den im Insolvenzverfahren eingerichteten Insolvenzanderkonten befinden sich zum 30.09.2017 folgende Guthaben:

Anderkonto	
BBank	
Guthaben	40.435,54 €
Sicherheitenerlöskonto	
BBank	
Guthaben	3.930,50 €
Mietsonderkonto	
WBank	
Guthaben	12.298,93 €
Festgeldkonto	
BBank	
Guthaben	91.231,14 €
Fortführungskonto	
BBank	
Guthaben	<u>0,00 €</u>
Gesamtguthaben	147.896,11 €

Diese Guthaben resultieren aus dem Einzug der oben genannten Verwertungspositionen, abzüglich der genannten Absonderungsrechte, abzüglich angefallenen Masseverbindlichkeiten, inklusive Differenzlohnansprüche der Arbeitnehmer, sowie der bislang entnommenen Massekosten. Einzelheiten ergeben sich aus der Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben auf den Insolvenzanderkonten (Anlage C 1.).

3.3. Mit dem Insolvenzplan beabsichtigte Maßnahmen

Durch diesen Insolvenzplan soll eine schnellere und bessere Befriedigung der Insolvenzgläubiger, verbunden mit einer deutlich kürzeren Dauer des Insolvenzverfahrens und der damit einhergehenden Restschuldbefreiungsphase, erreicht werden.

- Es handelt sich hierbei zum einen um die Position der offenen Verwertung des Grundvermögens des Insolvenzschuldners. Durch diesen Insolvenzplan soll die zeitaufwändige Verwertung des Grundvermögens durch freihändigen Verkauf und/oder Zwangsverwaltung und Zwangsversteigerung vermieden werden. Da aufgrund der hohen Belastungen des Grundvermögens mit Grundpfandrechten zu Gunsten der BBank und der WBank auch unter Ansatz optimistischer Verwertungserlöse nicht mit einem Übererlös zu Gunsten der Insolvenzmasse zu rechnen ist, erfolgt durch den Verzicht auf die Verwertung im Insolvenzverfahren keine Schlechterstellung für die übrigen Insolvenzgläubiger.
- Außerdem soll die bislang streitige Position der möglichen Forderungen der Insolvenzmasse gegen die FIRMA C bzw. die verbliebenen Gesellschafter auch einer schnellen und einvernehmlichen Regelung zugeführt werden. Die verbliebenen Gesellschafter der FIRMA C haben gegenüber dem Planverfasser ausdrücklich erklärt, nur für den Fall einer vorzeitigen Restschuldbefreiung des Insolvenzschuldners zu einer vergleichweisen Einigung bereit zu sein. Für den Fall der Regelabwicklung müssten die denkbaren Ansprüche gerichtlich geklärt werden.

Hintergrund dieser Haltung ist, dass die Gesellschafter der FIRMA C hoffen, dass der Insolvenzschuldner bei einer schnellen Restschuldbefreiung mittelfristig wieder motiviert an der Entwicklung technischer Innovationen im Wintersportbereich mitwirken wird.

Sollte der Insolvenzschuldner in Zukunft im Rahmen einer weiteren Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern der FIRMA C Patente zur Anmeldung bringen und hieraus Einnahmen erzielen, so ist zu berücksichtigen, dass diese Einnahmen im Rahmen der Wohlverhaltensphase des gerichtlichen Restschuldbefreiungsverfahrens nicht der Abtretung nach § 287 Abs. 2 InsO unterfallen und nicht an den Treuhänder abzuführen wären.

Durch die vorzeitige Restschuldbefreiung durch diesen Insolvenzplan droht den Insolvenzgläubigern insoweit keine Schlechterstellung im Vergleich zur Regelabwicklung mit anschließender Restschuldbefreiungsphase.

In welcher Höhe Ansprüche gegenüber der FIRMA C nach Anfechtung der fraglichen Gesellschafterbeschlüsse geltend gemacht werden können, hängt auch davon ab, ob diese Gesellschaft aus den technischen Entwicklungen, an denen der Schuldner vor dem Ausschluss aus der Gesellschaft noch mitgewirkt hat, in Zukunft Erlöse erzielen können. Derzeit ist dies nicht absehbar, da die Entwicklungen nicht vermarktet werden konnten. Im Falle eines Rechtsstreits wäre außerdem eine Rückstellung für die Prozesskosten, auch für die der Gegenseite, aus Vorsichtsgründen vor einer Verteilung an die Gläubiger zu bilden.

Letztlich bietet die FIRMA C für den Fall der Annahme des Insolvenzplans mit kurzfristiger Restschuldbefreiung des Insolvenzschuldners die vergleichsweise Zahlung eines Betrages in Höhe von 8.000,00 € an, wobei auf diesen Betrag das voraussichtliche Auseinandersetzungsguthaben des Schuldners angerechnet wird.

- Damit die Gläubiger durch die Verkürzung der Restschuldbefreiungsphase im Hinblick auf den möglichen Neuerwerb des Schuldners, der der Pfändung nach § 287 InsO unterfallen könnte, nicht schlechter gestellt werden, wird der Insolvenzschuldner bei Annahme dieses Insolvenzplans aus ihm zur Verfügung gestellten Drittmitteln die Hoffnung der Gläubiger auf einen Neuerwerb im Rahmen der Wohlverhaltensphase durch eine Einmalzahlung in Höhe von 4.500,00 € abgelten.

Bei der Ermittlung dieses Betrages war zum einen zu berücksichtigen, dass der Insolvenzschuldner aus seinem Dienstverhältnis bei der Frogs Sports GmbH als Geschäftsführer derzeit 1.950,94 € netto verdient. Aufgrund dessen, dass sich diese Gesellschaft erst im Aufbau ihres Geschäfts befindet, ist kurzfristig mit einer erheblichen Gehaltssteigerung nicht zu rechnen. Nach Abzug der von ihm zu leistenden Krankenversicherungs- und Rentenversicherungsbeiträge und unter Berücksichtigung seiner Unterhaltsverpflichtungen gegenüber seinen beiden minderjährigen Kindern ergibt sich derzeit kein pfändbarer Betrag.

Unter optimistischer Betrachtung wurde ein durchschnittlich monatlich pfändbarer Betrag ab dem dritten bis zum sechsten Jahr der Restschuldbefreiungsphase in Höhe von 250,00 € angenommen. Unter Ansatz einer Abzinsung in Höhe von 30 % aufgrund des großen Unsicherheitsfaktors, ob und inwieweit tatsächlich pfändbare Beträge erwirtschaftet werden können, ergab sich so der Betrag in Höhe von pauschal 4.500,00 € als Abgeltungsbetrag.

- Die Besserstellung der Insolvenzgläubiger und die Erzielung einer höheren Quote im Falle des Insolvenzplanverfahrens werden außerdem dadurch erreicht, dass die beiden Grundpfandrechtsgläubiger im Fall der Annahme des Insolvenzplans nicht mit ihren Ausfallforderungen an der Verteilung teilnehmen werden. Bei der Regelabwicklung ist nach derzeitiger Prognose der erwarteten Sicherheitenerlöse für die Grundstücke mit einer ungedeckten Restforderung der Banken in Höhe von ca. 511.000,00 € zu rechnen.
- Daneben wird auch der Vater des Schuldners, Herr Willy Frog, auf eine grundsätzlich anzuerkennende Regressforderung verzichten und nicht an der Verteilung im Insolvenzplanverfahren teilnehmen. Herr Willy Frog war aus Bürgschaften für Verbindlichkeiten des Insolvenzschuldners von der BBank und der WBank in Höhe von über 322.000,00 € in Anspruch genommen worden. Die entsprechende Regressforderung hat er zur Insolvenztabelle angemeldet.

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, dass durch den Insolvenzplan die Gläubiger mit einer höheren Ausschüttungsquote als im Rahmen des Regelverfahrens rechnen können. Daneben kann eine schnelle Beendigung von Verwertungsmaßnahmen und eine vorzeitige Beendigung des Insolvenzverfahrens einschließlich der Restschuldbefreiung erreicht werden.

4. Ergebnisse für die Gläubiger

4.1. Berechnung und Gegenüberstellung der Verteilungsmasse für die Gläubiger in der Regelabwicklung und bei Annahme des Insolvenzplans per 30.09.2017

Im Folgenden werden die Ergebnisse für die Insolvenzgläubiger für den Fall der Regelabwicklung und für den Fall der Annahme des Insolvenzplans errechnet und die Einzelpositionen werden entsprechend direkt gegenübergestellt.

Die jeweiligen Verteilungsbeträge ergeben sich aus der bereits liquiden und noch liquidierbaren Masse abzüglich der Berichtigung der restlichen Absonderungsrechte, der weiteren erwarteten Masseschulden nach § 55 InsO und den restlichen Massekosten nach § 54 InsO.

4.2. Liquide/liquidierbare Masse

4.2.1. Kontoguthaben

Regelabwicklung	Euro
Anderkonto	40.435,54
Sicherheitenerlöskonto	3.930,50
Mietsonderkonto	12.298,93
Festgeldkonto	91.231,14
Fortführungskonto	0,00
Gesamtguthaben	147.896,11

Insolvenzplanverfahren	Euro
Anderkonto	40.435,54
Sicherheitenerlöskonto	3.950,50
Mietsonderkonto	12.298,93
Festgeldkonto	91.231,14
Fortführungskonto	0,00
Gesamtguthaben	147.896,11

Sowohl im Regel- als auch im Planverfahren stehen die oben aufgeführten Kontoguthaben zur Errechnung der Verteilungsmasse zur Verfügung.

4.2.2. Auseinandersetzungsguthaben FIRMA A

Regelabwicklung	Euro
restliches Guthaben	269,42
abzgl. Auskehr auf Absonderungsrecht Bank	269,42
freie Masse	0,00

Insolvenzplanverfahren	Euro
erwartetes Guthaben	269,42
abzgl. Auskehr auf Absonderungsrecht Bank	269,42
freie Masse	0,00

Wie oben dargelegt ergab sich aus der Auseinandersetzung der FIRMA A ein Guthaben zu Gunsten des Insolvenzschuldners in Höhe von 1.965,27 €. Hiervon steht noch ein Betrag in Höhe von 269,42 € zur Zahlung aus. Aufgrund Sicherungsabtretung des Auseinandersetzungsguthabens vom 02.10.2013 zu Gunsten der BBank ist das Guthaben abzusondern. Für das Regel- und das Planverfahren sind die entsprechend erwarteten Einnahmen und Ausgaben in gleicher Höhe zu berücksichtigen.

4.2.3. Weiterer Forderungseinzug

Regelabwicklung	Euro
weiterer Forderungseinzug ca.	500,00
Absonderungsrechte	0,00
Kostenbeitrag	0,00
freie Masse	500,00

Insolvenzplanverfahren	Euro
weiterer Forderungseinzug ca.	500,00
Absonderungsrechte	0,00
Kostenbeitrag	0,00
freie Masse	500,00

Es ist mit einem weiteren Einzug von Forderungen aus der Zeit vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens von maximal 500,00 € zu rechnen. Drittrecht an diesen Eingängen sind nicht zu berücksichtigen, so dass sowohl für die Variante der Regelabwicklung als auch des Insolvenzplanverfahrens noch ein Betrag in Höhe von maximal 500,00 € einzustellen ist.

4.2.4. Geschäftsanteil FIRMA B

Regelabwicklung	Euro
Beteiligungsguthaben FIRMA B	1.157,64
Absonderungsrechte	0,00
Kostenbeitrag	0,00
freie Masse	1.157,64

Insolvenzplanverfahren	Euro
Beteiligungsguthaben FIRMA B	1.157,64
Absonderungsrechte	0,00
Kostenbeitrag	0,00
freie Masse	1.157,64

Aus der stillen Beteiligung des Insolvenzschuldners an der FIRMA B ist noch mit einer Auszahlung auf sein Geschäftsguthaben im Januar 2018 in Höhe von 1.157,64 € zu rechnen. Auch dieser Betrag wird für beide Abwicklungsvarianten in gleicher Höhe eingestellt.

4.2.5. Forderung an Willy Frog

Regelabwicklung	Euro
Zahlungseingang Willy Frog	3.000,00
Absonderungsrechte	0,00
Kostenbeitrag	0,00
freie Masse	3.000,00

Insolvenzplanverfahren	Euro
Zahlungseingang Willy Frog	3.000,00
Absonderungsrechte	0,00
Kostenbeitrag	0,00
freie Masse	3.000,00

Für den Fall der Annahme des Insolvenzplans wird sich Herr Willy Frog vergleichsweise zur Zahlung eines Betrages in Höhe von 3.000,00 € auf die sich aus der Buchhaltung des Insolvenzschuldners ergebenden Forderungen bereit erklären, daneben wird er auf die Geltendmachung seiner Regressforderung aufgrund der Bürgschaftsinanspruchnahme verzichten.

Da Herr Willy Frog sich zur Befriedigung der Banken aus der Bürgschaftsforderung erheblich verschulden musste, ist auch im Fall der Regelabwicklung nicht mit einem höheren Zahlungseingang als 3.000,00 € zu rechnen.

4.2.6. Grundstücke

Regelabwicklung	Euro
geschätzter Verwertungserlös Privathaus	300.000,00
geschätzter Verwertungserlös Miteigentumsanteil Geschäftshaus	600.000,00
abzgl. Auskehr auf Grundpfandrecht WBank	300.000,00
abzgl. Auskehr auf Grundpfandrecht	600.000,00
freie Masse	0,00

Insolvenzplanverfahren	Euro
keine Verwertung Privathaus	0,00
keine Verwertung Geschäftshaus	0,00
keine Auskehr auf Absonderungsrechte	0,00
keine Auskehr auf Absonderungsrechte	0,00
freie Masse	0,00

Wie oben bereits erläutert ist im Rahmen des Insolvenzverfahrens und bei einer Verwertung des Grundvermögens des Insolvenzschuldners nicht mit einem Übererlös zu Gunsten der Insolvenzmasse zu rechnen. Die Grundpfandrechte der beteiligten Banken, WBank und BBank, valutieren ohne Ansatz von Verzugszinsen seit Eröffnung des Insolvenzverfahrens noch in eine die erwarteten Einnahmen überschießenden Höhe.

Im Rahmen des Insolvenzplanverfahrens werden sich die Grundpfandrechtsgläubiger verpflichten, die Grundpfandrechte innerhalb des Insolvenz- und Planverfahrens nicht einer Verwertung zuzuführen, sondern mit dem Insolvenzschuldner außerhalb des Insolvenzplans neue Konditionen zur Rückführung der Darlehensforderungen aushandeln.

4.2.7. Neuerwerb

Regelabwicklung	Euro
erwartete Einnahmen pfändbare Beträge bis Abschluss des Insolvenzverfahrens in ca. 12 Monaten	0,00
Freie Masse	0,00

Insolvenzplanverfahren	Euro
Abgeltungszahlung	4.500,00
Freie Masse	4.500,00

Wie oben bereits dargelegt, sind derzeit keine pfändbaren Beträge aus dem Dienstverhältnis des Insolvenzschuldners bei der Frogs Sports GmbH zu erzielen. Bis zum voraussichtlichen Zeitpunkt des Abschlusses des Insolvenzverfahrens, nach insgesamt ca. zwei Jahren, wird auch nicht mit entsprechenden Zahlungseingängen gerechnet.

Im Falle der Annahme des Insolvenzplans wird die Hoffnung der Gläubiger im Laufe des dritten bis sechsten Jahres der Restschuldbefreiungsphase pfändbare Beträge zu erhalten, durch Zahlung in Höhe von 4.500,00 € abgegolten.

4.2.8. Ansprüche aus der Beteiligung an der FIRMA C

Regelabwicklung	Euro
max. Auseinandersetzungsgut	4.958,43
Ansprüche aus Anfechtung der Gesellschafterbeschlüsse	0,00
frei Masse	4.958,43

Insolvenzplanverfahren	Euro
max. Auseinandersetzungsgut	0,00
Vergleichszahlung	8.000,00
freie Masse	8.000,00

Eine vorläufige Auseinandersetzungsbilanz der FIRMA C, erstellt auf den Zeitpunkt des Ausschlusses des Insolvenzschuldners, ergibt einen Auseinandersetzungsguthaben zu Gunsten des Insolvenzschuldners in Höhe von 4.958,43 €. Allerdings sind noch nicht sämtliche in Raum stehende Rückstellungen in dieser Bilanz enthalten. Dennoch wird hier der maximal zu erwartende Betrag im Rahmen des Regelverfahrens eingestellt.

Außerdem wäre im Regelverfahren aufzuarbeiten, ob eine Anfechtung der Gesellschafterbeschlüsse, die zum Ausschluss des Insolvenzschuldners geführt haben und ihn an der Partizipation an schwebenden Geschäften ausschlossen, tatsächlich gerichtlich durchgesetzt werden kann.

Es wurden Unterlagen zur Verfügung gestellt, aus denen sich ergibt, dass derzeit das fragliche Patent nicht vermarktet werden kann. Es kann deshalb für den Fall der Regelabwicklung nach derzeitigem Kenntnisstand kein Betrag zur Mehrung der Insolvenzmasse eingestellt werden.

Bei Annahme des Insolvenzplans durch die Gläubiger verpflichtet sich die FIRMA C einen Vergleichsbetrag zur Abgeltung sämtlicher Ansprüche des Insolvenzschuldners in Höhe von 8.000,00 € kurzfristig an die Insolvenzmasse zu leisten.

4.3. Massegläubiger

4.3.1. Restliche Absonderungsrechte

Regelabwicklung	Euro
Absonderung Nutzungsentschädigung	12.298,93
Absonderung eingezogenes Guthaben	1.695,85
Summe	13.994,78

Insolvenzplanverfahren	Euro
Absonderung Nutzungsentschädigung	12.298,93
Absonderung eingezogenes Guthaben	1.695,85
Summe	13.994,78

Der auf dem Mietsonderkonto nach Abzug der Mehrwertsteueranteile, mit denen die Insolvenzmasse belastet war, verbleibende Guthabensbetrag ist in Höhe von 12.298,93 € aufgrund der Vereinbarung mit den Grundpfandrechtsgläubiger an diese auszukehren. Diese Vereinbarung war zur Vermeidung der Einleitung eines Zwangsverwaltungsverfahrens über die beiden Immobilien getroffen worden.

Daneben ist aus dem Einzug des Auseinandersetzungsguthaben der FIRMA A noch ein Betrag in Höhe von 1.695,85 € an die BBank auf das Absonderungsrecht auszukehren.

Sowohl im Regel- als auch im Insolvenzplanverfahren sind diese Positionen in gleicher Höhe zu berücksichtigen.

4.3.2. Erwartete weitere Masseschulden nach § 55 InsO

Regelabwicklung	Euro
Steuerberatungskosten	3.570,00
Unvorhergesehenes	10.000,00
Summe	13.570,00

Insolvenzplanverfahren	Euro
Steuerberatungskosten	3.570,00
Unvorhergesehenes	10.000,00
Summe	13.570,00

Die im Insolvenzverfahren angefallenen Masseschulden sind im Wesentlichen bereits berichtet worden, insbesondere konnten die Ansprüche der Arbeitnehmer aus dem Kündigungszeitraum nach Insolvenzeröffnung in Höhe von insgesamt 69.985,85 € (so genannter Differenzlohn) berichtet werden. Daneben sind bereits die Kosten für die Archivierung der Geschäftsunterlagen, der Aufarbeitung der Buchhaltung bis zum Tag der Insolvenzeröffnung und die Steuerberatungskosten für die Erstellung der Steuererklärungen bis zu diesem Zeitpunkt bezahlt.

Es stehen noch die Kosten für die externe Finanzbuchhaltung und die Erstellung der Steuererklärungen für die Zeit nach Insolvenzeröffnung.

Darüber hinaus wurde eine Rückstellung in Höhe von 10.000,00 € für Unvorhergesehenes gebildet, so dass insgesamt noch mit weiteren Masseschulden nach § 55 InsO in Höhe von 13.570,00 € gerechnet wird.

Die Summe dieser Masseschulden ist in beiden Abwicklungsvarianten in gleicher Höhe anzusetzen.

4.3.3. Massekosten nach § 54 InsO

Regelabwicklung	Euro
restliche Gerichtskosten/Auslagen	198,22
restliche Verwaltervergütung voraussichtlich	78.228,28
Summe	78.426,50

Insolvenzplanverfahren	Euro
restliche Gerichtskosten/Auslagen	198,22
restliche Verwaltervergütung voraussichtlich	78.228,28
Summe	78.426,50

Im Rahmen des Insolvenzverfahrens sind die angefallenen Gerichtskosten bereits im Wesentlichen beglichen worden. Daneben ist ebenfalls die Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters in voller Höhe berichtet.

Restliche Gerichtskosten in Höhe von 198,22 € sowie eine restliche Verwaltervergütung in Höhe von voraussichtlich 78.228,28 € stehen noch aus.

Diese Beträge sind bei beiden Abwicklungsvarianten von der Masse abzusetzen.

4.3.4. Insolvenzgläubiger nach § 38 InsO

Regelabwicklung	Euro
Ausfallforderungen Banken geschätzt	511.000,00
Regressforderung Willy Frog	322.605,27
restl. Insolvenzgläubiger	2.026.153,40
Summe	2.859.758,67

Insolvenzplanverfahren	Euro
Ausfallforderungen Banken geschätzt	0,00
Regressforderung Willy Frog	0,00
restl. Insolvenzgläubiger	2.026.153,40
Summe	2.026.153,40

Zur Ermittlung der voraussichtlichen Verteilungsquote ist eine Prognose über die zu berücksichtigen Insolvenzgläubiger vorzunehmen.

Aus diesem Grund wurde für den Fall der Regelabwicklung die Ausfallforderungen der WBank und der BBank geschätzt, indem von dem ursprünglich für den Ausfall anerkannten Forderungen die erzielten Sicherheitenerlöse sowie die erwarteten Erlöse für die Grundstücke in Abzug gebracht wurden. Es ergeben sich geschätzte Ausfallforderungen der Banken in Höhe von mindestens 511.000,00 €.

Für den Fall des Regelverfahrens ist außerdem die Regressforderung von Herrn Willy Frog aufgrund der Bürgschaftsinanspruchnahme in Höhe von 322.605,27 € zu berücksichtigen.

Die restlichen Insolvenzgläubiger werden mit Forderungen in Höhe von derzeit voraussichtlich 2.026.153,40 € an einer Verteilung teilnehmen.

Im Falle der Annahme des Insolvenzplans werden die Banken nicht an einer Verteilung mit ihren Ausfallforderungen teilnehmen. Ebenfalls wird Herr Willy Frog auf eine Teilnahme an der Ausschüttung verzichten.

4.4. Zusammenfassung und Gegenüberstellung der Ergebnisse für die Gläubiger per 30.09.2017

In der folgenden Tabelle werden die soeben einzeln dargelegten Positionen noch einmal zusammengefasst und direkt gegenübergestellt.

	Regelabwicklung	Insolvenzplanverfahren
Kontoguthaben	147.896,11 €	147.896,11 €
Auseinandersetzungsguthaben FIRMA A	0,00 €	0,00 €
weiterer Forderungseinzug	500,00 €	500,00 €
Geschäftsanteil FIRMA B	1.157,64 €	1.157,64 €
Forderung an Willy Frog	3.000,00 €	3.000,00 €
Grundstücke	0,00 €	0,00 €
Neuerwerb	0,00 €	4.500,00 €
Zahlung FIRMA C	4.958,43 €	8.000,00 €
Liquidierbare Masse	157.512,18 €	165.053,75 €
abzgl. restliche Absonderungsrechte	13.994,78 €	13.994,78 €
abzgl. erwartete weitere Masseschulden nach § 55 InsO	13.570,00 €	13.570,00 €
abzgl. erwartete Massekosten gem. § 54 InsO	78.426,50 €	78.426,50 €
erwartete Verteilungsmasse für Gläubiger nach § 38 InsO	51.520,90 €	59.062,47 €
Summe der Forderungen der Gläubiger nach § 38 InsO	2.859.758,67 €	2.026.153,40 €
voraussichtlich zu erwartende Quote	1,801582 %	2,915005 %

Die Gegenüberstellung der Vermögenswerte auf den 30.09.2017 ergibt für den Fall der Regelabwicklung einen voraussichtlichen Verteilungsbetrag für die Insolvenzgläubiger in Höhe von 51.520,90 €, was einer Quote in Höhe von ca. 1,8 % entspricht.

Für die Abfindung der Gläubiger in Gruppe 1 steht dem gegenüber im Insolvenzplanverfahren ein voraussichtlicher Verteilungsbetrag in Höhe von 59.062,47 € zur Verteilung zur Verfügung, was einer Quote in Höhe von 2,9 % entspricht.

B. Gestaltender Teil

1. Allgemeine Regelungen

Die nachfolgenden Willenserklärungen werden mit Bestätigung des Insolvenzplans durch das Insolvenzgericht nach § 254 InsO für und gegen alle Verfahrensbeteiligten wirksam. Die im gestaltenden Teil des Planes abgegebenen Willenserklärungen wahren etwaige aufgrund anderer gesetzlicher Vorschriften vorgegebene Formschriften.

Soweit in diesem Plan auf „festgestellte Forderungen“ eines Gläubigers abgestellt wird, ist dies die vom Insolvenzverwalter zur Insolvenztabelle anerkannte Forderung. Ist die Forderung bestritten (ggf. auch teilweise), bildet der Insolvenzverwalter eine Rückstellung für den bestrittenen Teil, wenn und sobald er von einem Feststellungsrechtsstreit Kenntnis erlangt, jedoch nicht mehr nach rechtskräftiger Bestätigung des Insolvenzplans. Die Regelung gilt entsprechend, soweit die Feststellung durch einen Bescheid bzw. einen Verwaltungsakt begehrt wird und der Insolvenzverwalter fristgerecht Rechtsmittel einlegt.

2. Gruppenbildung

2.1. Bildung von Gläubigergruppen

Gemäß § 152 Abs. 1 InsO hat der Insolvenzverwalter ein Verzeichnis aller Gläubiger erstellt, welche aus den Geschäftsunterlagen des Schuldners ersichtlich waren und durch Forderungsanmeldungen im eröffneten Insolvenzverfahren zur Kenntnis gelangten. Jeder Gläubiger ist mit Bezeichnung, Anschrift, Betrag und Grund der Forderung bezeichnet.

Aufgrund dieses Gläubigerverzeichnisses werden folgende Gläubigergruppen gebildet:

2.2. Beschreibung der einzelnen Gläubigergruppen

➤ Gruppe 1: Insolvenzgläubiger gemäß § 38 InsO

In Gruppe 1 werden alle Gläubiger eingeordnet, die nicht nachrangige Gläubiger im Sinne von § 39 InsO sind und die nicht der Gruppe 2 bis 3 zugeordnet sind.

Damit sind die in der Anlage C 2.1. bezeichneten Personen Gläubiger der Gruppe 1.

➤ Gruppe 2: Grundpfandrechtsgläubiger

In die Gruppe 2 werden die Gläubiger mit noch nicht verwerteten Grundpfandrechten eingeordnet. Hierbei handelt es sich ausschließlich um die BBank und WBank.

➤ Gruppe 3: nahestehende Personen als Gläubiger mit Regressforderungen

Der Gruppe 3 werden dem Insolvenzschuldner nahestehende Personen (im Sinne von § 138 InsO) mit Regressforderungen aus Bürgschaften zugeordnet. Einziger Gläubiger in dieser Gruppe ist Herr Willy Frog.

3. Veränderung der Rechtsstellung der Beteiligten

3.1. Plangestaltung für Gläubiger der Gruppe 1

3.1.1. Schuldrechtliche Regelung

Die Gläubiger der Gruppe 1 erhalten einen Abfindungsbetrag in Höhe von mindestens 59.000,00 € auf die von diesen Gläubigern zur Tabelle angemeldeten und festgestellten Forderungen.

Der Abfindungsbetrag wird auf die Gläubiger der Gruppe 1, bezogen auf die in der Insolvenztabelle festgestellten Beträge zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Bestätigung des Insolvenzplans aufgeteilt.

Die Auszahlung des Abfindungsbetrages erfolgt spätestens neun Monate nach rechtskräftiger Bestätigung des Insolvenzplans.

3.1.2. Vollzug

Die Gläubiger der Gruppe 1 verzichten gegenüber dem dies annehmenden John Frog auf ihre den Abfindungsbetrag jeweils übersteigende Insolvenzforderung. Der Verzicht wird erst nach Ausschüttung des Abfindungsbetrages und der Rechtskraft des Beschlusses zur Aufhebung des Insolvenzverfahrens wirksam.

3.2. Plangestaltung für Gläubiger der Gruppe 2

3.2.1. Schuldrechtliche Regelung

Gläubiger dieser Gruppe sind:

- BBank
- WBank

RAPP WOLFF RECHTSANWÄLTE

Unter Annahme des einvernehmlich angesetzten maximalen Verwertungserlöses der beiden Grundstücke in Höhe von 900.000,00 € und unter Anrechnung und Verrechnung der im Insolvenzverfahren ausgekehrten Verwertungserlöse ergibt sich ein Ausfall der Banken in Höhe von geschätzt 511.000,00 €. In Höhe dieses Teilbetrages verzichten die Gläubiger auf ihre Forderungen.

Die durch die Grundpfandrechte gesicherten Darlehensforderungen bleiben somit in Höhe des erwarteten Verwertungserlöses von insgesamt 900.000,00 € bestehen. Außerhalb des Insolvenzplanes werden die Konditionen der Darlehensverträge entsprechend zwischen den Gläubigern und dem Insolvenzschuldner angepasst.

Die Grundpfandrechte der Gläubiger werden innerhalb dieses Verfahrens nicht einer Verwertung zugeführt. Das belastete Grundvermögen verbleibt dem Schuldner unter der Maßgabe der neu auszuhandelnden künftigen Konditionen zur weiteren Nutzung.

3.2.2. Vollzug

Die Gläubiger der Gruppe 2 verzichten gegenüber dem dies annehmenden John Frog auf ihre zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Bestätigung des Insolvenzplanes bestehenden Insolvenzforderungen, bis auf eine Restforderung in Höhe von 900.000,00 € insgesamt. Der Verzicht wird erst nach Ausschüttung des Abfindungsbetrages an die Gläubiger der Gruppe 1 und der Rechtskraft des Beschlusses zur Aufhebung des Insolvenzverfahrens wirksam.

3.3. Plangestaltung für Gläubiger der Gruppe 3

3.3.1. Schuldrechtliche Regelung

Der Gläubiger der Gruppe 3 verzichtet in voller Höhe auf seine Insolvenzforderung aufgrund der Bürgschaften für den Insolvenzschuldner.

3.3.2. Vollzug

Der Gläubiger verzichtet gegenüber dem dies annehmenden John Frog auf seine unter lfd. Nr. 53 angemeldete und in Höhe von 322.605,27 € festgestellte Forderung. Der Verzicht wird erst nach Ausschüttung des Abfindungsbetrages an die Gläubiger der Gruppe 1 und der Rechtskraft des Beschlusses zur Aufhebung des Insolvenzverfahrens wirksam.

4. Ergänzende Regelungen

4.1. Plangestaltung für nachrangige Gläubiger

Es gilt die gesetzliche Regelung in § 225 InsO.

4.2. Inkrafttreten des Insolvenzplans

Der Insolvenzplan tritt mit Rechtskraft der Bestätigung des Plans durch das Gericht in Kraft.

4.3. Planerfüllung/Planüberwachung

Mit Ausschüttung des Abfindungsbetrages in Höhe von mindestens 59.000,00 € an die Gläubiger der Gruppe 1 sowie rechtskräftiger Aufhebung des Insolvenzverfahrens nach § 258 InsO gilt dieser Insolvenzplan als erfüllt.

Es findet keine Planüberwachung statt.

4.4. Rückstandsregelung nach § 255 InsO

Ein erheblicher Rückstand zu den Regelungen des Insolvenzplanes liegt erst vor, wenn der Abgeltungsbetrag für die Gläubiger der Gruppe 1 nicht innerhalb von neun Monaten nach rechtskräftiger Bestätigung des Insolvenzplans ausgekehrt worden ist und der Schuldner erfolglos schriftlich, unter Nachfristsetzung von mindestens drei Wochen, angemahnt worden ist.

C. Übersicht Plananlagen

1. Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben im Insolvenzverfahren

2. Übersicht über die Gläubigergruppen
 - 2.1. Gläubiger der Gruppe 1
 - 2.2. Gläubiger der Gruppe 2
 - 2.3. Gläubiger der Gruppe 3

3. Willenserklärungen der Beteiligten
 - 3.1. Willenserklärungen des Insolvenzschuldners und der Frogs Sports GmbH (§ 230 InsO)
 - 3.2. Willenserklärung des Herrn Willy Frog (§ 230 InsO)
 - 3.3. Willenserklärung der FIRMA C (§ 230 InsO)

„In der Mitte der Schwierigkeiten liegen die Möglichkeiten“

WWW.RAPPWOLFF.DE